



## Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 20.04.2015

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 05.03.2015, 15:41 Uhr bis 18:49 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

#### Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Beratende Mitglieder**

Herr Markus Wiener	pro Köln
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

## **Beratende Mitglieder**

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Clemens Wittenbrink	Rheinfetisch e.V.
--------------------------	-------------------

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet Frau Maria Verena Fontanazza-Russo als sachkundige Bürgerin und Frau Figen Maleki Balajou als sachkundige Einwohnerin.

Der Vorsitzende Herr Paetzold macht auf den Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke und FDP aufmerksam:

„Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt den Beschluss des Integrationsrates zur Einrichtung eines Integrationsbudgets vom 19.01.2015 (Mitteilung 0526/2015): Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Mitteilung erst gestern (04.03.2015) per E-Mail an die Mitglieder des Ausschusses verteilt wurde. Deshalb konnte dieser Antrag erst heute formuliert werden. Durch Verschieben in die nächste Sitzung würde weiterer unnötiger Zeitverlust entstehen.“

Er fragt ob gegen die Dringlichkeit Einspruch erhoben werde und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei. Damit komme dieser Antrag auf die Tagesordnung und werde gemeinsam mit TOP 4.16 behandelt.

Er weist auf folgende Tischvorlagen hin: TOP 4.14, TOP 4.15, TOP 4.16, TOP 9.2.2, TOP 9.2.3 und TOP 13.1. Ebenfalls liegen einige Broschüren aus, die bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten beachtet werden.

Folgende Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt:

TOP 9.1.1 mit TOP 3.6

TOP 9.1.2 mit TOP 3.5

TOP 9.2.1 mit TOP 12.1

TOP 0 mit TOP 4.11

TOP 8.1 mit TOP 13.1

Der TOP 4.5 wird in die nächste Sitzung verschoben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig beschlossen wird.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Diversity – Köln ist Vielfalt: Vortrag von Frau Rehberg

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

#### 3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schulz zur Ausbildung in der Altenpflege  
0388/2015

3.2 Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2014  
0433/2015

3.3 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Jahresbericht 2013 der kommunalflankierenden Eingliederungsleistungen

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 3.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 15.01.2015  
0355/2015

3.4 Nachfragen von Herrn Jachtner, Herr Hagedorn, Frau Hollmann und Frau Heuser zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015  
0422/2015

3.5 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG)  
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates  
(AN/0046/2015)  
0456/2015

3.6 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm  
Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen  
Anfrage der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung am 15.01.2015  
AN/0045/2015, TOP 10.2.2  
0518/2015

3.7 Beantwortung der mündlichen Anfrage von der Seniorenvertreterin Frau Marschall  
0528/2015

## **4 Mitteilungen**

- 4.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2015"  
0009/2015
- 4.2 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket, TOP 4.6 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
2995/2014
- 4.3 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2013  
3445/2014
- 4.4 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen", TOP 4.5 aus der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
4007/2015
- 4.5 Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln - eine Investition in die Zukunft  
0225/2015
- 4.6 Kölner Netzwerk Bürgerengagement - "Nicht irgendwann - schon morgen. Demografischer Wandel, Bürgerschaftliches Engagement & Personalentwicklung in Unternehmen"  
0412/2015
- 4.7 Umsetzung einer Entscheidung des Bundessozialgerichtes zur Anerkennung der Regelbedarfsstufe 3  
0445/2015
- 4.8 Palliativversorgung und Hospize für bzw. in Köln"  
(Stand 09.01.2015)  
0173/2015
- 4.9 Barrierefreies Wohnen  
Dokumentation der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung am 5. Dezember 2014  
0359/2015
- 4.10 Mitteilung über einen Brand in einem Asylheim in Köln-Mülheim am 01.01.2015 und einen Brand in einem Gewerbekomplex im Köln-Vogelsang am 09.01.2015  
0101/2015
- 4.11 Vorstellung der Punktdienststelle Diversity, gemeinsam mit dem Vortrag von Frau Rehberg  
0492/2015/1
- 4.12 Barrierefreiheit Eis- und Schwimmstadion Lentpark  
0553/2015

- 4.13 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung:  
2014  
0124/2015
- 4.14 Interkulturelle Sozialraumbegehung Porz  
0544/2015
- 4.15 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des  
ZMI Magazins 2014 und Sprachfest 2015  
0646/2015
- 4.16 Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“) zur Umsetzung des  
'Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmenempfehlungen'  
0526/2015

## **5 Wohnen**

- 5.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln – Leitfaden für Projektent-  
wickler und Investoren"  
3991/2015
- 5.2 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2015)  
0372/2015
- 5.3 Stadtentwicklungskonzept Wohnen als Broschüre veröffentlicht  
0516/2015

## **6 JobCenter Köln**

- 6.1 Bericht des Jobcenters Köln  
0349/2015

## **7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

- 7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2015  
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2014  
0346/2015

## **8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 8.1 E-Scooter in Bussen und Bahnen der KVB, TOP 9.1 der SoSe Sitzung vom  
15.01.2015  
AN/0015/2015

## **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm - Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen (Mitteilung 3752/2014), TOP 10.2.2 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
AN/0045/2015

9.1.2 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG), TOP 10.2.3 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
AN/0046/2015

### 9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Unterstützung der Willkommensinitiativen für Flüchtlinge durch Sachmittel  
AN/0374/2015

9.2.2 Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt?  
AN/0378/2015

9.2.3 Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?  
AN/0379/2015

## **10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

## **12 Ausschussempfehlungen an den Rat**

12.1 "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen" - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen - Antrag für ein Forum für Willkommenskultur Kooperationsprojekt des Kölner Flüchtlingsrates e. V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e. V.  
0064/2015

## **13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

13.1 Stellungnahme der StadtAG Behindertenpolitik zum Beförderungsverbot von E-Scootern in Bussen und Bahnen der KVB  
0675/2015

## **14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

## I. Öffentlicher Teil

### **Diversity – Köln ist Vielfalt: Vortrag von Frau Rehberg**

Der Tagesordnungspunkt TOP 4.11 wird gemeinsam mit der Referatsdiskussion (TOP 0) behandelt.

Frau Rehberg referiert über die Punktdienststelle Diversity. Der Vortrag liegt der Niederschrift bei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Frau Rehberg im Namen des Ausschusses für den interessanten Vortrag.

Frau Schmerbach fragt, ob alle Amtsleiter an einer „Diversity Runde“ teilnehmen würden und wie die Personalausstattung für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt aussehe und ob das vorhandene Konzept nachhaltig sei und die Bürger/innen mit einbeziehen würde.

Herr Detjen erinnert daran, dass mit dem Diversity Konzept auch sieben Personalstellen, eingespart wurden. Er bedauert, dass zum Beispiel Antidiskriminierungsarbeit und „Rat der Regionen“ nicht mehr stattfinden würde. Er fragt, welche weiteren Aufgaben die Verwaltung nicht mehr übernehmen könne und wie viele Personalstellen wieder zugesetzt werden müssten, um notwendige gesellschaftliche Aufgaben wieder zu übernehmen.

Frau Hoyer erinnert daran, dass mit dem Diversity Konzept nicht nur eine organisatorische sondern vor allem eine inhaltliche Veränderung angestrebt werden solle. Sie habe das Gefühl, dass gerade in der inhaltlichen Veränderung noch großer Bedarf bestehe.

Frau Heuser bittet darum, dass ein Maßnahmenprogramm erarbeitet werde.

Frau Reker erinnert daran, dass ein Konsolidierungsprozess zu der Zusammenlegung unterschiedlicher Bereiche zur Diversity-Dienststelle geführt habe und dass der „Rat der Religionen“ im letzten Jahr gleichwohl häufiger getagt habe als in den Jahren zuvor. Der Diversity Prozess sei auch für die städtischen Mitarbeiter/innen wichtig. D.h. man arbeite zuerst innerhalb der Stadtverwaltung und entscheide dann mit welchen „Blaupausen“ man in die Stadtgesellschaft gehen könne. Bei diesem Prozess werden bereits bestimmte Gruppen mit beteiligt. Das Konzept werde vor der Sommerpause dem Rat vorgelegt.

Frau Rehberg ergänzt, dass alle Amtseiter, die sich für die Diversity Tagung angemeldet hatten, für den AK Diversity berücksichtigt werden. Die Bürgerbeteiligung werde zu 100% angestrebt und verfolgt und die Nachhaltigkeit werde durch Controlling gewährleistet.

Herr Detjen schlägt der Verwaltung vor, gemeinsam mit dem Personalamt zu prüfen, ob die Qualifizierung des Personals verbessert werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

**1 Gleichstellungsrelevante Themen**

**2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

**3 Beantwortung von Anfragen**

**3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schulz zur Ausbildung in der Altenpflege  
0388/2015**

Herr Dr. Schulz fragt, wo im Bedarfsfall für die Auszubildenden finanzierbarer Wohnraum (Personalunterkünfte) vorhanden sei. Er bittet zusätzlich um eine Liste der Ausbildungsentgelte.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2014  
0433/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**3.3 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Jahresbericht 2013 der kommunalflankierenden Eingliederungsleistungen**

**Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 3.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 15.01.2015  
0355/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**3.4 Nachfragen von Herrn Jachtner, Herr Hagedorn, Frau Hollmann und Frau Heuser zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015  
0422/2015**

Frau Hollmann bedankt sich für die Antwort. Sie bittet um eine graphische Darstellung der Umschichtung des Verwaltungskostenbudgets der letzten Jahre. Sie fragt, wer die Träger in der freien Förderung seien. Sie bittet um die Planzahl bei den Einzelfallentscheidungen. Wie gestaltet sich die Arbeit mit den Menschen die aus dem Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetz in das Jobcenter gewechselt sind?

Frau Eggeling stellt fest, dass der Mindestlohn für Menschen nicht ausreicht, um durch ihre Erwerbsarbeit das tägliche Leben ausreichend ab zu sichern.

Herr Scheffer bemerkt, dass sich die Einführung des Mindestlohns gelohnt habe und trotzdem in der jetzigen Form nicht auskömmlich sei.

Herr Hagedorn fragt, welche Maßnahmen gegen die geringe Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote ergriffen würden.

Herr Wagner antwortet, dass die Menschen die aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II gewechselt sind, seit dem 01.03.2015 leistungsberechtigt seien, aber auch berechtigt seien, eine Arbeit aufzunehmen. Er sichert zu, diese Frage im nächsten Sozialausschuss schriftlich zu beantworten. Die Umschichtung des Verwaltungskostenbudgets werde ebenfalls zur nächsten Sitzung graphisch aufgearbeitet. Es werden ca. 160 Menschen in der Maßnahme „Betriebs Coaches“ (diese Maßnahme ist noch in der Vorbereitung) sein. Die Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungsquote stimmt er mit der Bundesagentur für Arbeit ab und beantwortet diese Frage schriftlich zur nächsten Sitzung.

Herr Kersjes fragt, ob und in welcher familiären Konstellation man mit dem Mindestlohn unabhängig von Transferleistungen werden würde. Warum seien die beiden Musterberechnungen in der Vorlage so gewählt? Er stellt positiv fest, dass der Eingliederungstitel 2014 zu 99,7% ausgeschöpft sei.

Herr Wagner antwortet, dass die Beispiele der Musterberechnungen gewählt worden seien, weil diese Konstellationen sehr häufig im Jobcenter Köln auftreten. Er sichert zu, weitere Beispiele in der nächsten Sozialausschusssitzung vorzulegen.

Herr Dr. Schulz fragt, ob dargestellt werden könne, ob und wie der Mindestlohn Auswirkungen auf die Aufstocker-Quote habe.

Herr Wagner erläutert, dass ein Bezug zwischen Mindestlohn und Aufstocker/innen nicht abgebildet werden könne. Er sagt jedoch zu, dem Ausschuss Soziales und Senioren eine Rückschau über die Entwicklung der Aufstocker/innen in Köln als Anlage zum Protokoll vorzulegen.

Frau Eggeling macht darauf aufmerksam, dass viele Familien und Alleinerzieher/innen auch nicht von dem Mindestlohn leben können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.5 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG)  
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen gem.  
§ 4 der Geschäftsordnung des Rates  
(AN/0046/2015)  
0456/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Beantwortung.

Frau Heuser fragt, ob man die Mängelanzeigen einer bestimmten Vermietergruppe zuordnen könne.

Herr Ludwig antwortet, dass 30% der Mängelanzeigen in Großraumwohnanlagen und 70% in „normalen“ Wohnanlagen vorzufinden seien.

Frau Hoyer fragt, ob durch das Wohnungsaufsichtsgesetz die Überbelegungssituation abgebaut werden konnte.

Herr Ludwig antwortet, dass in Köln an der Überbelegungssituation gearbeitet werde. In Köln sei die Überbelegungssituation jedoch nicht so schwierig wie in den Ruhrgebietsstädten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.6 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm  
Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen  
Anfrage der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur  
Sitzung am 15.01.2015  
AN/0045/2015, TOP 10.2.2  
0518/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Beantwortung.

Frau Heuser bedauert, dass schon allein mögliche Rechenbeispiele zeigen, dass es für den Mieter unattraktiv sei, das Belegrecht abzutreten.

Herr Detjen fragt, wie viele Belegungsrechte der neue Vertrag enthalten soll.

Herr Ludwig antwortet, dass dieses Instrument – Ankauf von Belegungsrechten – sehr teuer sei.

Herr Santelmann ergänzt die Antwort von Herrn Ludwig, dass die Verhandlungen mit der GAG noch nicht abgeschlossen seien. Sobald eine genaue Anzahl der Belegungsrechte feststehe, werde der Sozialausschuss darüber informiert.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.7 Beantwortung der mündlichen Anfrage von der Seniorenvertreterin Frau  
Marschall  
0528/2015**

Frau Marschall dankt für die Beantwortung und bittet um eine konkretere Antwort.

Frau Hoyer fragt, welche Quartiere für das Förderprogramm angestrebt werden.

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltungsabstimmung noch nicht abgeschlossen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4 Mitteilungen**

**4.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2015"  
0009/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.2 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket, TOP 4.6 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015 2995/2014**

Frau Hollmann stellt fest, dass einige Inhalte in der Vorlage zur Finanzierungsstruktur des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) schwer verständlich seien. Sie bittet um eine mündliche Erläuterung. Außerdem bittet sie darum, für die nächste Sozialausschusssitzung über Inhalte und Struktur des Bildungs- und Teilhabepakets in Köln informiert zu werden, z.B. in einer graphischen Darstellung (welche Ämter sind für welche Aufgaben zuständig, wo kann ein Antrag gestellt werden usw.).

Frau Hoyer bittet ebenfalls um Erläuterung zur Finanzierungsstruktur BuT.

Frau Ramos führt aus, dass die Vorlage von November 2014 auf Wunsch des Rechnungsprüfungsausschusses dem Sozialausschuss vorgelegt worden sei. Die Darstellung sei insofern überholt, als dass das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich mitgeteilt habe, dass die auf die Stadt Köln entfallende Bundesbeteiligung an den Kosten für die erbrachten Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket rückwirkend für das Jahr 2014 auf Basis der gemeldeten Zahlen für das Jahr 2013 angepasst wurde. Der Anteil der Stadt Köln an den Gesamtausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für Bildung und Teilhabe habe im Jahr 2013 rund 6,18% ausgemacht. Dieser Anteil sei nun rückwirkend für die Bemessung der Bundesbeteiligung für Bildung und Teilhabe im Jahr 2014 zugrunde gelegt worden. Statt auf Basis der zuvor pauschalen Bemessung stünde der Stadt Köln für BuT im Jahr 2014 nicht EUR 11.539.391,40, sondern EUR 8.773.947,57 zu, woraus sich eine Überzahlung für Köln im Jahr 2014 in Höhe von EUR 2.765.442,83 ergibt. Die hierdurch ggf. in 2015 eintretende Unterdeckung der Bundesbeteiligung kann durch Rücklagen aus den Jahren 2011 und 2012 ohne Qualitätsverluste kompensiert werden.

Die Berechnung der Quote für die Bundesbeteiligung in 2015 basiert vorläufig ebenfalls auf dem Jahresergebnis 2013. Zum 13.03.2015 müssen dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen die in 2014 für Bildung und Teilhabe erbrachten Aufwände gemeldet werden. Auf Basis der gemeldeten Werte und der jeweiligen prozentualen Anteile an den im Land insgesamt erbrachten Aufwänden, bestimmt sich die endgültige Quote für Köln in 2015.

Frau Ramos sagt zu, in der nächsten Sitzung Struktur und Inhalte des Bildungs- und Teilhabepakets in Köln vorzustellen.

Frau Eggeling fragt, wie viele finanzielle Mittel in den unterschiedlichen Bereichen abgerufen werden.

Frau Ramos sagt zu, dass über das Jahresergebnis 2014, das dem Land für Köln gemeldet wird und die Basis für die Berechnung der endgültigen Quote 2015 bildet, in der nächsten Sitzung berichtet wird.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, zukünftig den Ausschuss vorab über veraltete Vorlagen zu informieren.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3      Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2013 3445/2014**

Herr Detjen lobt die Verwaltung und bittet die Verwaltung im Dezernat IV noch stärker tätig zu werden.

Für Herrn Ladenberger ist die Integration schwerbehinderter Mitarbeiter/innen in der Stadtverwaltung gut gelungen. Die Einstellungen im Ausbildungsbereich seien jedoch katastrophal. Von 263 Neueinstellungen seien nur vier behinderte Menschen eingestellt worden. Die Stadt Köln nimmt hier ihre Verantwortung als größter Kölner Arbeitgeber nicht wahr. Er bittet um eine schriftliche Antwort wie die Aussagen des Ausblicks, vor allem im Ausbildungsbereich realisiert werden sollen (S.22).

Frau Schmerbach unterstützt die Aussagen von Herrn Ladenberger. Sie regt eine Zielvereinbarung bei Neueinstellungen im Rahmen der Inklusion an.

Frau Lerchner fragt, ob es einen Grund gebe, wieso es in Dezernat V zu einer Verdopplung der Quote gekommen sei. Die Anzahl der ausgeschiedenen schwerbehinderten Mitarbeiter/innen habe sich halbiert. Sie fragt, ob und welche Instrumente dafür verantwortlich seien oder ob es nur ein gutes Jahr gewesen sei.

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.4      Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen", TOP 4.5 aus der SoSe Sitzung vom 15.01.2015 4007/2015**

Frau Hoyer bittet um eine exakte Auflistung wie viele Menschen bei dem Projekt „Willkommen in Köln“ in Jobs, in Sprachkurse usw. gekommen seien. Sie bedauere, dass das Projekt Integrationslotsen gekürzt wurde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt die Verwaltung, was unternommen werden müsse, damit das Projekt „Integrationslotsen“ wieder aufgenommen werden könne.

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.5      Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln - eine Investition in die Zukunft 0225/2015**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

#### **4.6      Kölner Netzwerk Bürgerengagement - "Nicht irgendwann - schon morgen. Demografischer Wandel, Bürgerschaftliches Engagement & Personalentwicklung in Unternehmen" 0412/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.7 Umsetzung einer Entscheidung des Bundessozialgerichtes zur Anerkennung der Regelbedarfsstufe 3  
0445/2015**

Herr Ladenberger fragt, wenn von dem Bundesministerium oder Landesministeriums entsprechende Verfügungen angewiesen werden, ob dann die frühere Aussage wieder gelte, dass von Amtswegen der Mehrbedarf ausgezahlt werde.

Herr Santelmann bestätigt, dass das Sozialamt auf die Anweisung des Ministeriums wartet. Dann werde man unverzüglich an die Leistungsberechtigten heran treten und von Amtswegen die Umstellung in die Wege leiten.

Herr Scheffer äußert sich verwundert, dass eine Anweisung des Bundessozialgerichtes verzögert werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.8 Palliativversorgung und Hospize für bzw. in Köln"  
(Stand 09.01.2015)  
0173/2015**

Herr Dr. Schulz weist darauf hin, dass der ambulante Kinderhospizdienst Köln im Stadtbezirk V und nicht im Stadtbezirk IV ansässig sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.9 Barrierefreies Wohnen  
Dokumentation der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tags  
der Menschen mit Behinderung am 5. Dezember 2014  
0359/2015**

Frau Heuser und Herr Ladenberger danken für die gute Dokumentation.

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass die Schrift auf der Broschüre zu klein sei.

Frau Reker dankt der Politik für die aktive und konstruktive Teilnahme an der Veranstaltung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung mit Dank zur Kenntnis.

**4.10 Mitteilung über einen Brand in einem Asylheim in Köln-Mülheim am  
01.01.2015 und einen Brand in einem Gewerbekomplex im Köln-  
Vogelsang am 09.01.2015  
0101/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr für ihre Arbeit. Er hebt die Arbeit der freiwilligen Feuerwehr positiv hervor.

Herr Detjen fragt nach der genauen Brandursache in Köln-Mülheim.

Herr Ferber antwortet, dass es keine Fremdeinwirkung gegeben habe.

Herr Feyrer ergänzt, dass der Auslöser des Brandes ein Handtuch auf einer Heizung gewesen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.11 Vorstellung der Punktdienststelle Diversity, gemeinsam mit dem Vortrag von Frau Rehberg 0492/2015/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 0 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.12 Barrierefreiheit Eis- und Schwimmstadion Lentpark 0553/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob das fehlende Behinderten-Außen-WC erst nachgerüstet werde, wenn sich genügend Menschen melden, die ihre Notdurft verrichten müssen. Er verstehe nicht, warum mit der Installation gewartet werden soll, bis der entsprechende Bedarf festgestellt werde.

Herr Dr. Bell antwortet, dass dieser Satz in der Vorlage unglücklich formuliert sei. Er versichert, dass die Barrierefreiheit in dem Außen-WC gewährleistet sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.13 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung: 2014 0124/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.14 Interkulturelle Sozialraumbegehung Porz 0544/2015**

Frau Hoyer regt an, dass der Bezirksvertretung Porz die Broschüre „Interkulturelle Sozialraumbegehung Porz“ ebenfalls zur Verfügung gestellt bekommt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold unterstützt den Vorschlag.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.15 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des ZMI Magazins 2014 und Sprachfest 2015  
0646/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.16 Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“) zur Umsetzung des 'Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmenempfehlungen'  
0526/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold trägt den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag vor: „Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt den Beschluss des Integrationsrates zur Einrichtung eines Integrationsbudgets vom 19.01.2015 (Mitteilung 0526/2015):

Zur Begründung der Dringlichkeit führt er aus: Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Mitteilung erst gestern (04.03.2015) per E-Mail an die Mitglieder des Ausschusses verteilt wurde. Deshalb konnte dieser Antrag erst heute formuliert werden. Durch Verschieben in die nächste Sitzung würde weiterer unnötiger Zeitverlust entstehen.“

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt den **Dringlichkeitsantrag** der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke:

**Dringlichkeitsantrag** von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke: Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt den Beschluss des Integrationsrates zur Einrichtung eines Integrationsbudgets vom 19.01.2015 (Mitteilung 0526/2015): Begründung: Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Mitteilung erst gestern (04.03.2015) per E-Mail an die Mitglieder des Ausschusses verteilt wurde. Deshalb konnte dieser Antrag erst heute formuliert werden. Durch Verschieben in die nächste Sitzung würde weiterer unnötiger Zeitverlust entstehen. (Der Antrag lag dem Vorsitzenden Herrn Paetzold vor Eintritt in die Tagesordnung schriftlich vor. Er wurde von ihm verlesen. Es wird einstimmig beschlossen diesen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen.)

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

**5 Wohnen**

**5.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln – Leitfaden für Projektentwickler und Investoren"  
3991/2015**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

## **5.2 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2015) 0372/2015**

Herr Detjen bemängelt, dass in der Vorlage nicht geklärt werde, was massive Mietpreiserhöhungen bedeuten würden. Er schlägt vor, dass der Ausschuss Soziales und Senioren die weitere Mietpreisentwicklung beobachten solle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.3 Stadtentwicklungskonzept Wohnen als Broschüre veröffentlicht 0516/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **6 JobCenter Köln**

### **6.1 Bericht des Jobcenters Köln 0349/2015**

Frau Hollmann fragt, ob die Umstellung auf Allegro bis 2017 dauern würde und ob das Jobcenter Köln für weitere Projekte auch mehr Personal bekommen würde.

Herr Detjen bittet darum, dass zukünftig die Berechnungen bei der KdU (Kosten der Unterkunft) auch inflationsbereinigt dargestellt werden.

Herr Dr. Schulz und Frau Lerchner fragen, welche Effekte die durchgeführten Maßnahmen bei Jobcloud Cologne gehabt haben. Er bittet um eine Darstellung, wie viele Menschen in qualifizierten und unqualifizierten Bereichen eine Arbeit gefunden haben. Wer führt das Projekt „Mittendrin“ durch?

Frau Lerchner merkt an, dass die Ausgabenübersicht Eingliederungstitel (Anlage 1) fehlen würde.

Herr Scheffer fragt, was eine messbare Anschlussperspektive für Menschen des Projekts „Mittendrin“ bedeute?

Herr Wagner antwortet, dass alle Fälle bis Sommer 2015 auf Allegro umgestellt sein müssen. Er dankt allen Mitarbeitern/innen die bei dieser schwierigen Umstellung geholfen haben. Für das Projekt Langzeitarbeitslosigkeit gebe es zusätzliche finanzielle Mittel für weiteres Personal. Bei dem Projekt „Mittendrin“ gebe es anteilig zusätzliche finanzielle Mittel.

Bezüglich der inflationsbereinigten Darstellungen zur KdU befinde man sich in Abstimmung mit der Kämmerei. Er werde den Sozialausschuss über den weiteren Prozess informieren.

Zu Jobcloud Cologne erinnert er daran, dass bereits für die letzte Sozialausschusssitzung eine Aufschlüsselung erfolgt sei. Er sagt für die nächste Sitzung eine weiterführende Aufschlüsselung der Projekte Jobcloud Cologne und Mittendrin zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

### **7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2015 Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2014 0346/2015**

Herr Ladenberger stellt fest, dass in dem Bereich der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2014 eine ganze Menge geleistet wurde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt im Namen des gesamten Ausschusses für die geleistete Arbeit.

Herr Dr. Schulz fragt, ob und wann die drei Vollzeitstellen in diesem Bereich wieder besetzt werden.

Herr Dr. Bell antwortet, dass voraussichtlich nach Ostern wieder alle Stellen besetzt sein werden.

Herr Detjen fragt, welche Bedeutung das Projekt mit der Fachhochschule - günstige Eintrittspreise für behinderte Menschen – habe.

Herr Dr. Bell antwortet, dass es sich um ein Projekt der dortigen Studenten/innen handeln würde. Zuerst würde eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Er hoffe, dass durch das Projekt Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung angeregt würden. Der Ausschuss werde über die Ergebnisse des Projekts informiert werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **8.1 E-Scooter in Bussen und Bahnen der KVB, TOP 9.1 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015 AN/0015/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 13.1 behandelt.

Frau Gärtner möchte den vorliegenden Antrag mit den Mitgliedern des Ausschusses diskutieren. Die Beratung des Verkehrsausschusses habe das Anliegen des vorliegenden Antrages keineswegs erledigt. Vor allem bestehe ein Informationsdefizit zwischen KVB und den Menschen mit E-Scootern oder anderen Elektro-Rollstühlen, die die KVB Busse und Bahnen benutzen. Es bestehe sowohl bei den KVB Nutzern als auch bei den KVB Fahrern Unklarheit darüber, ob sie mit Bussen und Bahnen fahren dürften.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt den Vertreter der KVB (Herrn Günther Höhn) ob es sich bei der Stellungnahme unter TOP 13.1 um den aktuellen Sachstand handeln würde.

Herrn Günther Höhn (KVB) antwortet, dass ein Gutachten vorläge, welches eine gewisse „Kippgefahr“ für die Nutzer von E-Scootern in KVB Bussen und Bahnen aufzeigen würde. Durch dieses Gutachten seien einige KVB Fahrer/innen verunsichert, welche Elektro-Vehikel sie denn mitnehmen dürfen. Inzwischen wurde von der KVB ein

weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Sobald die Ergebnisse dieses neuen Gutachtens vorlägen, würden der Sozialausschuss und der Verkehrsausschuss sofort informiert. Er berichtet, dass die KVB eine Broschüre entwickelt habe, in der genau über diese Problematik informiert werde. Ihm sei bewusst, dass es vereinzelt zu Fehlentscheidungen bei der Mitnahme von E-Scootern, auch von KVB Fahrern/innen, gekommen sei. Die KVB arbeite mit Hochdruck daran, dass solche Fehler nicht mehr passieren.

Herr Ladenberger bemerkt, dass der breiten Öffentlichkeit tatsächlich nicht bekannt sei, welche Elektro-Rollstühle einem KVB Fahrverbot unterliegen. Ihm seien einige Fälle bekannt, in denen Personen mit Elektro-Rollstühlen nicht mitgenommen worden seien. Dieses Problem müsse schnell behoben werden, denn es sei ein bundesweites Problem. Er schlägt eine sofortige Rücknahme des Mitfahrverbotes vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Köln die KVB nicht zu einer Rücknahme des Fahrverbotes anweisen könne.

Herr Ladenberger stimmt der Einschätzung des Vorsitzenden Herrn Paetzold zu.

Frau Gärtner appelliert an die KVB, dass sie ihre Informationspolitik weiter optimiere. Man könne auch die Stellungnahme des Landesbeirates Behindertenpolitik unterstützen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es nicht möglich sei, das Mitnahmeverbot in KVB Bussen und Bahnen sofort wieder aufzuheben. Daher könne der Sozialausschuss die Stellungnahme des Landesbeirates Behindertenpolitik eigentlich nicht unterstützen, obwohl er durchaus Sympathie für diese Vorlage hege. Er schlägt einen Appell an die Verwaltung mit folgendem Wortlaut vor. „In Anerkennung des Engagements der Stadt AG Behindertenpolitik appelliert der Ausschuss Soziales und Senioren an die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB Lösungen zu erarbeiten, wie eine Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen kurzfristig wieder ermöglicht werden kann oder wie kurzfristig die Mobilität der Menschen, die auf E-Scooter angewiesen sind, gewährleistet werden kann.“ (Bei der Formulierung wird Herr Paetzold von Ausschussmitgliedern, insbesondere von Herrn Klausung unterstützt)

Frau Gärtner unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Paetzold. Sie schlägt einen fraktionsübergreifenden Antrag vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold formuliert einen gemeinsamen Antrag. „In Anerkennung des Engagements der Stadt AG Behindertenpolitik appelliert der Ausschuss Soziales und Senioren an die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB Lösungen zu erarbeiten, wie eine Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen kurzfristig wieder ermöglicht werden kann oder wie kurzfristig die Mobilität der Menschen, die auf E-Scooter angewiesen sind, gewährleistet werden kann.“

Darüber hinaus soll die Verwaltung die KVB bitten zu klären, für welche Art von Elektro-Rollstühlen und Scootern mit Hilfsantrieben das Verbot bereits aktuell nicht gelten muss und entsprechend die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, um zu verhindern, dass behinderte Menschen, die ohnehin von diesem Verbot nicht betroffen wären, die KVB nicht nutzen.“

Frau Hoyer unterstützt den Vorschlag von Frau Gärtner und Herrn Paetzold.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

### **Beschluss:**

**In Anerkennung des Engagements der Stadt AG Behindertenpolitik appelliert der Ausschuss Soziales und Senioren an die Verwaltung, gemeinsam mit der**

**KVB Lösungen zu erarbeiten, wie eine Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen kurzfristig wieder ermöglicht werden kann oder wie kurzfristig die Mobilität der Menschen, die auf E-Scooter angewiesen sind, gewährleistet werden kann.**

Darüber hinaus soll die Verwaltung die KVB bitten zu klären, für welche Art von Elektro-Rollstühlen und Scootern mit Hilfsantrieben das Verbot bereits aktuell nicht gelten muss und entsprechend die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, um zu verhindern, dass behinderte Menschen, die ohnehin von diesem Verbot nicht betroffen wären, die KVB nicht nutzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

**9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

**9.1.1 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm - Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen (Mitteilung 3752/2014), TOP 10.2.2 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
AN/0045/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 3.6 behandelt.

**9.1.2 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG), TOP 10.2.3 der SoSe Sitzung vom 15.01.2015  
AN/0046/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 3.5 behandelt.

**9.2 Aktuelle Anfragen**

Herr Dr. Quinten fragt, nach den Adressen der Liegenschaften/Unterbringungen, die für Flüchtlinge bereitgestellt werden.

Herr Ferber antwortet, dass zwei Nutzungsverträge gebe. Dies sei zum einen ein Teil des Bundesversorgungsamtes „An der Schanz“ in Köln-Riehl das andere Grundstück sei in der Koblenzer Str. 15.

Herr Dr. Quinten fragt, wenn die neuen Unterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung stehen, ob dann die „alten“ Unterbringungsmöglichkeiten (z.B. Hotels) nicht mehr benötigt werden.

Frau Lerchner erinnert an ihre Anfrage aus der Sitzung vom 27.11.2014 zur Kinder und Jugendgesundheit:

- Ob und wie die fehlenden Deutschkenntnisse der Kinder aufgeholt werden,
- Ob das Verhalten der Eltern Konsequenzen nach sich ziehen würde, wenn die Kinder weder Impfpass noch U-Untersuchungen vorlegen könnten.

Herr Klausung erinnert an seine Anfrage aus der letzten Sitzung:

- Ob die Fahrradverkäufe aus dem Fundbüro einen finanziellen Gewinn erzielen würden, und falls dies nicht der Fall sei, ob dann einige dieser Fahrräder für soziale Zwecke gestiftet werden können.

Frau Schmerbach fragt, ob die Winterhilfe für Wohnungslose Wanderarbeiter in einem eigenen Willkommenskulturkonzept erarbeitet würde. Sie fragt, ob rechtlich geprüft werden könne, dass Katastrophenschutzräume als Winterhilfs-quartiere zur Verfügung gestellt werden können.

Sie erinnert ebenfalls noch einmal an ihre Anfrage ob Integrationsunternehmen den Kantinenbetrieben in städtischen Einrichtungen (z.B. Feuerwehr) übernehmen könne.

Frau Schultes fragt, ob Herr Wagner über das Projekt „Langzeitarbeitslose produzieren ein Theaterstück“ in der nächsten Sitzung berichten könne.

Sie bittet um einen Sachstandsbericht über die energetische Sanierung des Bürgerzentrums Ehrenfeld (Vorlage 3515/2014).

Frau Heuser fragt, ob die Prüfung zur Krankenversicherungschipkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz schon Ergebnisse erbracht habe und wie die Gespräche mit den Krankenkassen verlaufen sei.

Frau Reker antwortet, dass das Katastrophenschutzzentrum in der Boltenssternstr. bereits für Flüchtlinge in Anspruch genommen worden sei. Bei der Krankenversicherungskarte strebe sie ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Münster an. Das Problem mit den Krankenkassen sei, dass der Wunsch geäußert wurde, dass sich alle Krankenkassen an dem Projekt beteiligen.

Herr Santelmann ergänzt, dass einige Städte mit Krankenkassen daran arbeiteten. Seitens der Krankenkassen werde eine landesrechtliche Regelung angestrebt. Dazu sei eine Anhörung im Innenausschuss des Landtages NRW Ende April 2015 in Vorbereitung.

Er werde den Sozialausschuss über die aktuelle Entwicklung weiter informieren.

### **9.2.1 Unterstützung der Willkommensinitiativen für Flüchtlinge durch Sachmittel AN/0374/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 12.1 behandelt.

### **9.2.2 Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt? AN/0378/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

### **9.2.3 Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt? AN/0379/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

- 10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 12 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 12.1 "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen" - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen - Antrag für ein Forum für Willkommenskultur Kooperationsprojekt des Kölner Flüchtlingsrates e. V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e. V. 0064/2015**

Herr Detjen drängt darauf, dass die Vorlage heute verabschiedet werde. Er merkt an, dass die Bürgerämter der Meinung seien, dass weitere Zuschüsse für die Willkommensinitiative nicht nötig seien. Er sei vollkommen anderer Meinung, da die Mitarbeiter/innen in den Initiativen z.B. größtenteils nicht versichert seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass lediglich der Beschlusstext beschlossen werde und nicht die Begründungen bzw. Anmerkungen in der Vorlage. Über diese müsse noch diskutiert werden. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass alle Bezirksamtsleiter gesagt hätten, dass sie kein Geld für diese Initiative beantragen wollen. Trotzdem wolle auch er heute einen Beschluss herbeiführen, schließlich entspreche die Beschlussvorlage einem gemeinsamen Ratsantrag.

Frau Gärtner stellt fest, dass für sie wichtig sei, dass ein Einstieg für das Forum geschaffen werde. Sie betont, dass die Schaffung von einer Willkommenskultur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Auch müssten weitere gesellschaftliche Gruppen in der Stadtgesellschaft zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Frau Heuser lobt die vorliegende Beschlussvorlage. Sie erinnert daran, dass das Land NRW den Kommunalen Integrationszentren unbürokratisch 18.000,- Euro für die Arbeit mit den Initiativen zur Verfügung stellen würden. Auch müsse noch geklärt werden ob die Bezirksämter die Gelder unbürokratisch verteilen dürfen.

Frau Schmerbach unterstützt die Aussage von Frau Heuser.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass alle die Beschlussvorlage begrüßen und dankt der Verwaltung, dass diese Vorlage so schnell erstellt wurde. Er ruft zur Abstimmung auf.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen.

Der Rat der Stadt Köln befürwortet den der Vorlage anliegenden Projektantrag „Flüchtlinge in Köln willkommen heißen“ (Forum für Willkommenskultur) des Kölner Flüchtlingsrates e.V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. gemäß Anlagen 2 und 3 und beauftragt die Verwaltung, die beiden Träger mit der Umsetzung des Projektes zum 15.02.2015 – vorerst befristet auf 2 Jahre – zu beauftragen.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015 genehmigt

der Rat vorläufigen überplanmäßigen Mehraufwand im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 68.250 €.

Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt vorläufig durch Mehrerträge in Höhe von 68.250 € im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 01- Steuern und ähnliche Abgaben.

Die Finanzbedarfe ab 2015 werden in der HPL-Anmeldung 2015 ff. im Teilplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung, Teilplanzeile 13 – Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

## **13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

### **13.1 Stellungnahme der StadtAG Behindertenpolitik zum Beförderungsverbot von E-Scootern in Bussen und Bahnen der KVB 0675/2015**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 8.1 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

## **14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

Frau Reker berichtet über den Zeitungsartikel in der heutigen Ausgabe der Kölner Rundschau, dass der Standortälteste am 26.02.2015 zum ersten Mal von Herrn OB Roters über einen aktuellen Unterstützungsbedarf erfahren habe. Dies sei nicht korrekt, da der Oberbürgermeister bereits am 26.11.2013 mit dem Standortältesten gesprochen habe. Sie habe sich auch immer wieder auf diese Gespräche bezogen.

Frau Gärtner fragt, ob es für die Betreuung von Flüchtlingen in Hotels einen entsprechenden Betreuungsschlüssel wie in Wohnheimen gebe und ob überlegt werde freie Träger für die Betreuung zu gewinnen.

Herr Ferber antwortet, dass der Betreuungsschlüssel in Hotels 1:160 und in den Containern in Systembauweise 1:80 betrage. Bei den Hotels übe das Hausrecht der Hotelbetreiber aus. Bei den Hotels seien der Soziale Dienst des Wohnungsamtes und nicht die Träger für die Betreuung zuständig. Zwar gebe es ausreichend Stellen für Sozialarbeiter, durch die schnell wachsende Zahl der Flüchtlingen käme die Stadt im Hinblick auf die Einstellungen kaum noch hinterher.

Herr Detjen fragt, ob für die Betreuung von Flüchtlingen in Hotels 12 – 13 Mitarbeiter zur Verfügung stehen würden.

Herr Ferber antwortet, dass zum jetzigen Zeitpunkt sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung zur Verfügung stehen würden. Weitere Personen befinden sich im Einstellungsverfahren.

Herr Dr. Schulz fragt, ob die Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden noch eingehalten werden können. Er bittet darum zu prüfen, wie in Zukunft die Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen wieder konsequent eingehalten werden können. Eine Unterbringung in Hotelschiffen solle ebenfalls geprüft werden.

Frau Hoyer dankt der Verwaltung für ihre Arbeit.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass sich die Mitglieder/innen des Ausschusses dem Dank an die Verwaltung angeschlossen haben.

Frau Schmerbach bittet die Verwaltung, alle Möglichkeiten der Unterbringung zu prüfen.

Frau Heuser bittet um ein Ende der Debatte.

Frau Reker antwortet, dass zum heutigen Tag 5.762 Flüchtlinge in Köln leben. Es gebe auf kommunaler Ebene keine festgelegten Standards in öffentlichen Unterbringungen. Sie versichere, dass bis jetzt jeder Flüchtling in Köln menschenwürdig untergebracht worden sei. Bei der aktuellen Dynamik sei die Verwaltung dazu gezwungen, Notmaßnahmen einzurichten. Im nächsten Monat würden 320 neue reguläre Unterbringungsplätze ergreifen. Hotelschiffe könnten weder im Industrie- noch im Deutzerhafen anlegen. Evtl. habe man einen Liegeplatz in Aussicht. Die Verwaltung achte darauf, dass keine Kinder und keine traumatisierten Flüchtlinge in Hotelschiffen untergebracht werden. Wenn der Ansturm der Flüchtlinge auf dem hohen Niveau bleibe, könne nur durch eine andere Verteilung und durch Anrechnung der Menschen, welche direkt nach Köln (sog. Unerlaubte Eingereiste) kommen, begegnet werden.

Herr Ferber ergänzt, dass die Hotelbetreuung ganz überwiegend sehr gut funktioniere. Er bemühe sich um eine weitere Optimierung der Betreuung. Als gutes Beispiel für die Nutzung von gewerblichen Immobilien als Flüchtlingsunterkunft er das Gebäude „Haus D“ des ehemaligen Bundesversorgungsamtes in Riehl / An der Schanz (Hinweis: Haus A wird derzeit als Notunterkunft durch das Land genutzt).

Der Vorsitzende Herr Paetzold unterstützt die Aussage von Frau Reker, dass der Verteilungsschlüssel geändert werden müsse und die unerlaubt eingereisten Flüchtlinge auf die Kölner Quote angerechnet werden müssen

Herr Klausing macht darauf aufmerksam, dass die CDU Landtagsfraktion einen Antrag zur Änderung des Verteilungsschlüssels von Flüchtlingen in den NRW Landtag einbringen würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt ob es unter TOP 19 weitere Anfragen gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei und schließt die Sitzung.